

Zur Schweizer Volksabstimmung zum Pestizidausstieg: Ackergifte müssen EU-weit vom Acker

Die Schweiz stimmt am kommenden Sonntag, den 13. Juni, über das Ende des Pestizideinsatzes in ihrer Landwirtschaft ab. Bio-Unternehmen in Deutschland fordern von der kommenden Bundesregierung den schrittweisen Pestizidausstieg bis zum Jahr 2035. Drei Viertel der Deutschen sprechen sich gegen Pestizide aus.

Berlin/Bern, 11. Juni 2021: Anlässlich der am Sonntag anstehenden Volksabstimmung in der Schweiz gegen die Verwendung von synthetischen Pestiziden in der Landwirtschaft fordert ein Bündnis aus Bio-Unternehmen, Imker-Verbänden und Stiftungen die kommende Bundesregierung dazu auf, den schrittweisen Ausstieg aus dem Pestizideinsatz in Deutschland und in der EU einzuleiten. Aus Gründen des Gesundheits-, Arten- und Verbraucherschutzes sollten ab 2035 keine chemisch-synthetischen Pestizide in der Landwirtschaft mehr eingesetzt werden, so das Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft. Zudem müsste sich die neue Bundesregierung dafür einsetzen, dass bis dahin durch eine Reform des Europäischen Pestizid-Zulassungsverfahrens keine Pestizide mehr ausgebracht werden dürften, die weiter als 20 Meter vom Acker nachgewiesen werden.

Johannes Heimrath, Vorstandsmitglied des Bündnisses für eine enkeltaugliche Landwirtschaft: "Ein 'Ja' in der Schweiz für den Pestizidausstieg wäre ein fulminantes Signal für die dringend benötigte Agrarwende. Doch egal, wie es in der Schweiz ausgeht: Die Belastung unserer Gesundheit und der Natur durch Ackergifte muss grundsätzlich und schnellstmöglich eingedämmt werden. Pestizide sind maßgeblich für das Insektensterben verantwortlich, sie schädigen das Leben in Böden und Gewässern. Ackergifte gefährden unser Trinkwasser, unsere Atemluft und die Versorgung der Menschen mit gesunder Nahrung. Alle Parteien im Bundestagswahlkampf und die nächste Bundesregierung müssen sich für eine deutliche Pestizidreduktion einsetzen. Besonders schädliche und sich weit verbreitende Gifte, wie zum Beispiel Glyphosat, müssen sofort verboten werden."

Am 13. Juni 2021 stimmen die Schweizer über die Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" ab. Die Initiative fordert den Verzicht auf synthetische Pestizide in der Nahrungsmittelproduktion, auf öffentlichen Plätzen und bei der Anwendung durch Privatpersonen mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren. In Deutschland sind 77 Prozent der Befragten dafür, aus der Nutzung von Pestiziden auszusteigen. Dies hatte eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Bündnisses für eine enkeltaugliche Landwirtschaft und des Umweltinstituts Münchens vergangenen Herbst ergeben.

Die Bio-Branche ist in besonderer Weise vom Pestizideinsatz betroffen. Immer wieder kommt es zu Verunreinigungen der Bio-Ernte durch in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzte Ackergifte. Betroffene Landwirtinnen und Landwirte können ihre Ernte nicht mehr als Bio verkaufen oder müssen diese sogar vernichten. Chemisch-synthetische Pestizide werden kilometerweit über die Luft oder über Staub in entfernt gelegene Städte, Naturschutzgebiete und auf Bio-Äcker transportiert, wie eine umfassende Studie des Bündnisses für eine enkeltaugliche Landwirtschaft und des Umweltinstituts Münchens belegt.

Heimrath: "Solange Pestizide noch eingesetzt werden, braucht es eine Pestizid-Abgabe, um die Biolandwirtschaft und die Wahlfreiheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schützen. Durch die Abgabe würde der Einsatz der Gifte auf unseren Äckern sinken. Mit den Einnahmen könnten Biolandwirte für unverschuldete Ernteauffälle entschädigt sowie der Ökolandbau insgesamt gefördert werden. Somit würde ein hohes Risiko für Biolandwirte entfallen und diese zukunftsfähige Branche gestärkt."

Mehr Informationen:

Das Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft hat heute seine fünf Kernforderungen zur Bundestagswahl zum Pestizid-Einsatz veröffentlicht. Das Bündnis fordert:

1. Eine Reform des Europäischen Pestizid-Zulassungsverfahrens, das künftig den Ferntransport von Pestiziden auch für den Bereich von 20 Metern bis 1000 Kilometern ab der potenziellen Quelle unter realen Praxisbedingungen berücksichtigen muss.
2. Ein bundesweites jährliches Monitoring zur Verbreitung von Pestiziden über die Luft als wissenschaftliche Grundlage für politische Entscheidungen.
3. Die Einführung einer Pestizid-Abgabe.
4. Ein Sofort-Verbot der Wirkstoffe Glyphosat, Pendimethalin, Prosulfocarb und Terbutylazin, die am häufigsten und weit entfernt von Ursprungs-Äckern gefunden wurden.
5. Den schrittweisen Ausstieg aus der Anwendung aller chemisch-synthetischen Pestizide bis zum Jahr 2035 in der EU.

[Hintergrundpapier zu den 5 Kernforderungen](#)

Weitere Links:

[Ergebnisse der Forsa-Umfrage "Pestizide in der Landwirtschaft"](#)
[Kurz- und Langfassung der Studie "Pestizid-Belastung der Luft"](#)

Pressekontakte

Johannes Heimrath
Vorstandsmitglied
Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V.
Vorstand
Tel.: 038374 129969
Mobil: 0174 9406663

Johanna Bär
Geschäftsführung
Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V.
Mobil: 0170 7756656
info@enkeltauglich.bio
www.enkeltauglich.bio

Zum Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft

Das Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft ist ein Zusammenschluss von namhaften Bio-Unternehmen, von denen viele zu den Pionieren des ökologischen Landbaus zählen, sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Akteurinnen und Akteure wollen basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und im Dialog dazu beitragen, die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen zu erhalten und sie dort, wo sie bereits beschädigt sind, wieder aufzubauen. Mehr unter www.enkeltauglich.bio.

Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen.